



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Angelika Weikert, Arif Tasdelen, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Ruth Waldmann, Johanna Werner-Muggendorfer, Isabell Zacharias SPD**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;  
hier: Hauptamtliche Koordinatorenstellen für Asylhelferarbeit flächendeckend ausbauen  
(Kap. 10 53 Tit. 633 07)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 10 53 (Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern) werden im bislang nicht dotierten Tit. 633 07 (Zuschüsse an Kommunen für Ehrenamtskoordinatoren) 2.870,0 Tsd. Euro zur Förderung von weiteren 82 hauptamtlichen Koordinatorenstellen für Asylhelferarbeit eingestellt.

### Begründung:

Bislang soll es nach den Ankündigungen der Staatsregierung 14 Standorte für Koordinatorenstellen für Ehrenamtliche im Asylbereich in Bayern geben. Zur Errichtung eines flächendeckenden Netzes von Ehrenamtskoordinatoren in allen Landkreisen und kreisfreien Städten werden jedoch insgesamt 96 Stellen, also 82 zusätzliche Stellen, benötigt. Bei einer staatlichen Förderung von 35,0 Tsd. Euro pro Koordinator ergibt sich ein Mittelbedarf von insgesamt 2.870,0 Tsd. Euro für 82 zusätzliche Stellen.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass innerhalb der bayerischen Bevölkerung eine große Bereitschaft besteht, sich ehrenamtlich als Asylhelferinnen und Asylhelfer zu engagieren. Damit dies funktionieren kann – das heißt, damit einerseits den Flüchtlingen effektiv geholfen werden kann, aber andererseits auch das ehrenamtliche Engagement zielgerichtet kanalisiert werden kann –, ist der Ausbau hauptamtlicher Koordinatorenstellen unabdingbar. Benötigt wird also ein flächendeckendes System hauptamtlicher Koordinatorenstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten für Asylhelferarbeit. Mit Blick auf dessen Auf- und Ausbau steht der Freistaat in der Pflicht, die Kommunen finanziell zu unterstützen.

Viele bayerische Kommunen leisten hinsichtlich der Versorgung und Integration von Flüchtlingen seit nunmehr annähernd zwei Jahren Außergewöhnliches. Umso wichtiger erscheint endlich eine zweckmäßige Unterstützung von Seiten des Freistaats. Dass diese bislang noch nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist, zeigt das Beispiel Passau: In den letzten Monaten ist die Zahl der Flüchtlinge stark angestiegen. Umso höher ist es einzuschätzen, dass sich die vielen Ehrenamtlichen stets auf die Bemühungen der Stadt Passau verlassen konnten, wo derzeit fast 50 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter permanent und ausschließlich für die ankommenden Flüchtlinge und Asylbewerber tätig sind. Mit diesem Änderungsantrag soll deshalb auch die negative Entscheidung des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration korrigiert und die durch die Stadt geschaffene Stelle eines hauptamtlichen Koordinators für die von hunderten Freiwilligen geleistete Asylhelferarbeit angemessen gefördert werden.